

Das neue Kabinett Wekerle.

Meldung des Ungar. Teleg.-Korresp.-Büros.

Budapest, 6. Mai.

Nach Blättermeldungen werden in dem umgestalteten Kabinett Wekerle Finanzminister Dr. Papowicz, Sonwedminister Baron Szurmay, Ackerbauminister Graf Serenzy, Handelsminister Szterenyi, Minister am Hoflager Graf Aladar Zichy, Volksernährungsminister Fürst Windischgrätz und der Minister für Kroatien Dr. Unkelhäufer ihre Portefeuilles behalten, hingegen werden Justizminister Bazsonyi, Kultusminister Graf Apponyi, Minister des Innern v. Loth und ebenso die beiden Minister ohne Portefeuille Graf Moriz Esterhazy und Bela Foeldes ausgeschieden.

Das neue Kabinett Wekerle ist so zusammengesetzt, wie wir es vor einigen Tagen voraus sagten, als die Nachricht von der Wiederbetrauung des gewesenen Ministerpräsidenten mit der Kabinettsbildung greifbare Formen angenommen hatte. Es handelt sich im wesentlichen um eine Umbildung, nicht um eine Neubildung des Kabinetts. Nur ist der Schwerpunkt des umgestalteten gegenwärtigen Kabinetts nach rechts verschoben. Die Vertreter einer Vermittlungsaktion in der Wahlrechtsfrage haben nicht nur das Übergewicht, sondern das entscheidende Gewicht im neuen Kabinett. Die Gruppe der 48er Verfassungspartei, die sich zum Zwecke der Durchführung der Wahlreform zusammengesetzt hatte, löst sich wieder in ihre Bestandteile auf. Es erweist sich eben die jüngste Parteineubildung als mechanisch zusammengeleimt, und nicht organisch zusammengewachsen.

Die Karolyi-Gruppe, klein an Anzahl, doch mächtig an Dingenkraft, wird der neuen Kabinettsbildung als unversöhnlicher Gegner gegenüberstehen. Die Sozialdemokraten, die dem Wahlrechtsblock beigetreten waren, werden wohl mit der Karolyi-Gruppe gemeinsame Sache machen. Weniger heftig wird die Opposition der Verfassungspartei des Grafen Andrássy sein. Immerhin erklärt das Parteiorgan des Grafen Andrássy, „Magyar Szólap“, in einem Leitartikel, betitelt „Warum Andrássy nicht nachgeben kann“, daß Graf Andrássy und sein engster Kreis deshalb einem Kompromiß auf der jetzigen Forderungsbasis Wekerles abgeneigt seien, weil Andrássy die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten wolle, die er durch ein enthülltes und entkerntes Wahlrecht gefährdet sehe. Auf Wohlwollen und Rücksicht wird Ministerpräsident Wekerle von seiten seines bisherigen Parteifreundes Andrássy nicht rechnen dürfen. Die Partei des bisherigen Kultusministers Grafen Albert Apponyi, die stärkste Stütze der bisherigen Regierung, wird einigermassen dadurch besänftigt, daß die militärischen Forderungen der 48er Partei durch Wekerles Eintreten wesentlich gefördert worden sind, ferner durch die Tatsache, daß das königliche Handschreiben den ungarischen Ministerpräsidenten ermächtigt, im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu Neuwahlen zu schreiben. Da indes weder Apponyi, noch seine beiden bisherigen Ministerkollegen und engen Parteifreunde Loth und Foeldes im umgestalteten Kabinett verbleiben und auch der Justizminister Bazsonyi, der eigentliche Wahlrechtsminister, endgültig ausgeschieden ist, so ist zum mindesten eine Wehr vom Kabinett Wekerle erfolgt, wenn auch keine ausgesprochene Gegnerschaft zu bestehen braucht.

Bemerkenswert ist an der neuen Kabinettsbildung, daß kein einziges Mitglied der Tisza-Partei, nicht einmal der in Aussicht genommene Ravan, in der Ministerliste erscheint. Ferner vermisst man den Namen des Grafen Johann Zichy, den man als Nachfolger des Grafen Apponyi im Kultusministerium in Aussicht genommen hatte. Die bisherige Alternative lautete: Entweder Andrássy oder Tisza. Das jetzige Kabinett Wekerle bedeutet: weder Andrássy noch Tisza. Es handelt sich um ein Zwischengebilde vorübergehender Art, das man nicht eigentlich als Beamtenministerium ansprechen kann, da es sich vorwiegend um Politiker handelt. Über keiner der im Kabinett vertretenen Politiker hat irgendeine nennenswerte Partei hinter sich. Am besten tut man daher, dieses Ministerium ad hoc, das zur Ausdehnung des Wahlrechts im Rahmen des Kompromisses und im Notfalle zur Durchführung von Neuwahlen gebildet worden ist, als Geschäftsministerium anzusehen. Dieses Geschäftsministerium wird von der Tisza-Partei alle evidenten Zugeständnisse erhalten, somit durch die Majorität des Parlamentes gedeckt sein, wenn es auch nicht als Exponent dieser Majorität auftreten kann. Das Programm des umgestalteten Ministeriums Wekerle, wie es im königlichen Handschreiben angedeutet ist, läßt sich ohne Zweifel mühelos durchführen, zumal die künstliche ausgesprochene Opposition gegen dieses Programm auf etwa 50 Stimmen zusammenschrumpfen dürfte. Aber die Stimmen werden heute nicht gezählt, sondern gemoggen. Ungarns Schicksal hängt mehr denn je von seiner Hauptstadt ab, die den Ton für das Land abgibt. Gelingt es Wekerle, eine Verständigung mit den Führern der hauptstädtischen Verwaltung und besonders vor im Parlament unvertretenen sozialdemokratischen Partei herbeizuführen, dann wird er sein Programm, aller Widerstände ungeachtet, restlos durchführen können.